

Interfraktionelles Postulat Fraktion GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP, (Natalie Imboden, GB / Anne Wegmüller, JA! / Ursula Marti / Patrizia Mordini, SP / Barbara Streit, EVP): „Aktionsplan Gleichstellung“ für die Stadt Bern

Seit 1996 hat die Stadt Bern sowohl eine Fachstelle für die Gleichstellung wie auch ein Personalentwicklungs- und Gleichstellungskonzept (PGK). Die Stadt Bern hat für die Förderung der Gleichstellung in den letzten 10 Jahren wichtige Arbeit geleistet. Gemäss ihrem Auftrag hat die Gleichstellungsstelle sowohl innerhalb der Stadtverwaltung, wie aber auch extern, teils zusammen mit Partnerorganisationen Gleichstellungsarbeit geleistet. Innerhalb der Stadtverwaltung standen Gleichstellungsaufgaben als Arbeitgeberin im Zentrum (u.a. Frauenförderung im Kader, Prävention vor sexueller Belästigung). Andere Projekte leisten einen Beitrag für eine gleichstellungsgerechtere Stadt Bern, indem sie konkrete Projekte in Bereichen wie Planung/Sicherheit im öffentlichen Raum oder bei der Berufswahl in den Schulen umsetzten oder wie das innovative Projekt „Halt Gewalt“ gegen häusliche Gewalt wichtige Pionierarbeit leisteten.

Damit folgt die Stadt Bern dem Grundsatz, dass die Gleichstellung von Frau und Mann eine Querschnittsaufgabe ist, die über alle Direktionen und öffentlichen Aufgaben hinweg integriert werden soll. Dabei hat die Fachstelle für die Gleichstellung als Kompetenzzentrum eine wichtige Aufgabe für die Lancierung und Umsetzung von Projekten, aber auch als fachkompetente Koordinations- und Informationsdrehscheibe. Für die Realisierung der tatsächlichen Gleichstellung in der Stadt Bern sind aber nicht nur die Gleichstellungsstelle, sondern alle Direktionen und Dienststellen und auch die Kooperation mit weiteren Kreisen gefordert.

Die Broschüre „facts & figures“, die zum 10-jährigen Jubiläum der Fachstelle für Gleichstellung erschienen ist, zeigt den Stand der Gleichstellung oder auch der Ungleichstellung von Frauen und Männern in Bern im zeitlichen Vergleich in den Bereichen Bildung, Erwerbstätigkeit, Familie, Freizeit/Mobilität und Politikverwaltung. Die Statistiken zeigen neue Brennpunkte wie z.B. die schwierige Situation junger Migrantinnen beim Berufseinstieg, die weiterhin stereotype Berufswahl oder sich ändernde Altersstrukturen (Zunahme an Seniorinnen). Aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen verändern sich auch die Interventionsbereiche für die Gleichstellungspolitik, so auch der stärkere Einbezug der Männer. Gleichzeitig sind verschiedene Themen konstant von Bedeutung (Kinderbetreuungsplätze, sexuelle Belästigung, Planung/öffent. Raum, Mädchenarbeit, etc.). Da das Personalentwicklungs- und Gleichstellungskonzept (PGK) – welches nur die verwaltungsinterne Gleichstellung umfasst – spätestens ab Ende 2007 überarbeitet werden soll, macht es Sinn eine generelle Strategie für die Umsetzung der Gleichstellung in der Stadt Bern innerhalb und ausserhalb der Stadtverwaltung zu erarbeiten. Dabei soll ein direktionenübergreifender Ansatz gewählt werden. Ziel ist ein verbindlicher Aktionsplan Gleichstellung für die Stadt Bern, welcher die Schwerpunkte und Strategien für die Gleichstellungsarbeit der Stadt Bern der nächsten Jahre definiert.

Der Gemeinderat wird zur Prüfung folgender Anliegen gebeten.

1. Die Stadt Bern erarbeitet einen Aktionsplan Gleichstellung, der die Strategien, aber auch die Schwerpunkte und konkreten Handlungsfelder der Gleichstellungsarbeit der Stadt Bern für die nächsten Jahre formuliert.
2. Der Aktionsplan umfasst auch griffige Umsetzungs- und Controllinginstrumente.

3. Für die Arbeiten sind sowohl die Direktionen wie die Fachstelle für die Gleichstellung beizuziehen. Der Beizug weiterer ExpertInnen und weiterer GleichstellungsakteurInnen ist zu prüfen. Für die Arbeiten sind die nötigen Ressourcen (finanziell und personell) zur Verfügung zu stellen.
4. Die Erarbeitung des Aktionsplans ist mit der Überarbeitung des Personalentwicklungs- und Gleichstellungskonzept (PGK) zu koordinieren.

Bern, 1. Juni 2006

Interfraktionelles Postulat GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP (Natalie Imboden, GB / Anne Wegmüller, JA! / Ursula Marti, Patrizia Mordini, SP / Barbara Streit-Stettler, EVP), Stefanie Arnold, Simon Röthlisberger, Myriam Duc, Hasim Sancar, Catherine Weber, Urs Frieden, Franziska Schnyder, Beni Hirt, Sarah Kämpf, Stefan Jordi, Gisela Vollmer, Miriam Schwarz, Raymond Anliker, Giovanna Battagliero, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Hasim Sönmez, Liselotte Lüscher, Corinne Mathieu, Andreas Krummen, Rolf Schuler, Andreas Zysset, Margrith Beyerler-Graf, Ruedi Keller, Christof Berger, Andreas Flückiger, Thomas Göttin, Michael Aebersold, Martin Trachsel, Conradin Conzetti, Rania Bahnan Buechi, Nadia Omar, Susanne Elsener, Erik Mozsa, Gabriela Bader Rohner

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist bereit, das Anliegen zu prüfen. Folgende Überlegungen sprechen dafür:

- die Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in der Stadt Bern ist ein Querschnittsthema, d.h. eine Führungsaufgabe in der Stadtverwaltung, die nicht nur in der Kompetenz der Fachstelle, sondern bei den Direktionen und einzelnen Dienststellen liegt.
- Einzelmassnahmen können koordiniert und zu einer gesamtstädtischen Strategie zusammengefasst werden, aus der die mittelfristigen Ziele, Schwerpunkte und Massnahmen des Gemeinderats im Bereich Gleichstellungsförderung ersichtlich werden.

Das Rad soll aber nicht neu erfunden werden. Die Grundlagen für die Erarbeitung einer gesamtstädtischen Strategie werden bereits vorhandene Aufträge, Schwerpunkte und Instrumente der Gleichstellungsförderung durch die Stadtverwaltung sein. Zudem sind die wichtigsten Themenfelder für die Gleichstellungspolitik durch das Bundesrecht und verschiedene von der Schweiz mitunterzeichnete internationale Übereinkommen und Deklarationen vorgegeben (Bundesverfassung, Gleichstellungsgesetz, CEDAW, Aktionsplan der Schweiz zur 4. UNO-Weltfrauenkonferenz von Beijing). Deren Umsetzung ist auch für die Stadt Bern verbindlich.

Geprüft werden kann deshalb insbesondere

- wie die laufenden Arbeiten der verwaltungsinternen und –externen Gleichstellungsförderung besser koordiniert und verstärkt werden können.
- in welchen Bereichen bereits festgelegte Ziele und Schwerpunkte des Gemeinderats und der einzelnen Direktionen um den Gleichstellungsaspekt erweitert werden können.
- wo aufgrund aktueller wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen neue Schwerpunkte gesetzt oder bisherige Schwerpunkte weitergeführt werden sollten.
- welche Ressourcen für die Schwerpunktmassnahmen erforderlich sind.

Als Grundlage für die Themenschwerpunkte kann vom Stand der Gleichstellung in der Stadt und in der Stadtverwaltung ausgegangen werden (u.a. von der im Postulat erwähnten Publi-

kation facts & figures, von den Berichten zur Umsetzung des Personalentwicklungs- und Gleichstellungskonzepts sowie zum Personalcontrolling). Bei der Prioritätensetzung sollten auch die lokalen und kantonalen Partnerinnen und Partner und die Einflussmöglichkeiten auf kommunaler Ebene berücksichtigt werden. Bezüglich der Schwerpunkte und Massnahmen ist insbesondere auch der Finanzbedarf aufzuzeigen.

An den Arbeiten sind die Direktionen und für die Schwerpunkte, die Fachpersonen der beteiligten Dienststellen einzubeziehen. Der Gemeinderat wird dafür eine Arbeitsgruppe unter Federführung der Präsidialdirektion einsetzen. Die Arbeiten sind im Rahmen des Globalbudgets vorzunehmen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 18. Oktober 2006

Der Gemeinderat